

Interview Prof. Klaus J. Bade / Kommunalsalon „Neue Migration“ / Gelsenkirchen, 22.09.2015

Timecode	Zitat
	Sie betonen die Rolle der Kommunen für gelingende Integration. Warum ist die Großstadt für Neuankömmlinge so wichtig?
00:10 – 00:39	Das liegt zum einen daran, dass da schon viele Menschen aus der gleichen Gruppe wohnen. Das ist der Prozess der Koloniebildung, den wir aus der Integrationsgeschichte kennen. Diese Siedlungskolonien, die manchmal auch in Problemzonen entstehen, erleichtern zunächst die Eingliederung, erschweren dann aber zuweilen die Integration in die umschließende Aufnahmegesellschaft. Also: erst Beschleunigung, dann Verlangsamung, das ist das Problem.
	Und was ist das Potential von Kommunen in Hinblick auf Integration?
1:05 – 1:27	Es gibt einen bekannten Kalauer: „Integration vollzieht sich immer vor Ort.“ Ja wo denn sonst? Es gibt keine Integration auf der Länder- oder auf der Bundesebene. Integration gelingt oder scheitert immer nur in den Kommunen. Das heißt: <i>Alles entscheidet sich in den Kommunen</i> . Deshalb muss man die Kommunen sehr ernst nehmen und sie fördern. Denn wenn die die Aufgabe nicht bewältigen, dann ist sie komplett gescheitert.
	Was brauchen denn Kommunen, um diese Aufgabe gut bewältigen zu können?
1:33 – 2:05	Damit Kommunen diese Aufgabe erfüllen können, brauchen sie Personal, Ideen und Geld. Im Moment brauchen sie vor allem Geld. Es ist geradezu albern, dass ein Land, das innerhalb von wenigen Wochen einen dreistelligen Milliardenbetrag zur Sicherung schrägliegender Banken aufwenden konnte, dann mit einigen Milliarden daherkommt, um Kommunen zu fördern. Das muss, glaube ich, ein zweistelliger Betrag werden, und zwar jährlich.
	Momentan brennt überall die Hütte, und die Kommunen sind im Krisenmodus. Für wie ernst halten Sie die Lage? Und was braucht es, um sie zu bewältigen?
2:17 -	Es gibt keine Zauberformel für die kommunale Integration bei Massenzuwanderung. Dies ist heute eine ungewöhnliche Situation. Aber sie ist auch so ungewöhnlich nicht, wie viele sich das vorstellen. Wir hatten nach 1945 die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, dann die Aussiedler, dann die Umsiedler aus den neuen Bundesländern, wir hatten 1992/93 über eine Million Zuwanderer, darunter allein ungefähr 250.000 Roma-Flüchtlinge. Wir hatten, ein Jahrhundert zurück, im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, die Massenzuwanderung aus dem preußischen Osten, zum Beispiel die Ruhrpolen. Gelsenkirchen selbst nannte man damals „das New York der Ostpreußen“, um nur einige Beispiele zu nennen. Es hat jeweils viele Probleme gegeben, und sehr häufig hat man gesagt: „Das wird nie klappen.“ Hinterher hat es dann doch geklappt. Nun, Historiker sind immer schlauer, weil sie, wenn sie anfangen, das Ende immer schon kennen.
3:07 – 3:38	Ich gehe davon aus, dass wir das durchaus schaffen können – aber nur unter zwei Bedingungen. Erstens: Dass die am meisten betroffenen Städte und Bundesländern entlastet werden und das Deutschland selbst auch einen Teil seiner Flüchtlinge an andere Länder in Europa abgeben kann.
	Mit Blick auf die Geschichte: Wenn wir Neuzugewanderte gut integrieren wollen, welche Fehler sollten wir dann nicht wiederholen? Beziehungsweise aus welchen können wir lernen?
3:42 – 4:57	Fehler, die wir nicht wiederholen sollten, sind erstens: Zureichende Investitionen in die Integrationsförderung; denn je weniger man investiert, desto teurer kann das Ganze werden, von den sozialen Kosten gescheiterter Integration mal ganz abgesehen. Zweitens: Man sollte frühzeitig investieren, und nicht hinterher nachholende Integrationsförderung betreiben müssen; denn die ist immer viel

Timecode	Zitat
	<p>teurer und ineffektiver. Drittens: Man sollte einen klaren Blick für die gesellschaftlichen Realitäten haben, und nicht das betreiben, was ich früher einmal „defensive Erkenntnisverweigerung“ genannt habe - nach dem damals bekannten Motto „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“, also: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Viertens: Man sollte das alles tun, um den Einwanderern, Zuwanderern oder Zeitwanderern die Integration zu erleichtern und sie nicht unnötig zu erschweren. Fünftens und letztens schließlich sollte man sich immer bemühen, die Mehrheitsbevölkerung mitzunehmen – denn die muss sich ja auch in diese hochkomplexe Einwanderungsgesellschaft integrieren. Ich habe deshalb in den 80er Jahre mal gesagt, und das haben dann viele nachgesprochen: „Integration ist keine Einbahnstraße!“ Gemeint habe ich damit: Integration ist kein einseitiger Anpassungsprozess, beide Seiten müssen sich bewegen, auch wenn die Anpassungsleistung der Einwanderer natürlich viel größer ist.</p>
	<p>Kennen Sie Beispiele, wo Integration richtig gut gelaufen ist, und von denen Deutschland etwas lernen kann?</p>
5:37 -	<p>Die Frage, wo Integration besonders gut gelaufen ist, wäre natürlich ganz einfach so zu beantworten: Sie läuft da besonders gut, wo es klassische Einwanderungsländer mit jahrhundertelanger Erfahrung mit Einwanderungsprozessen gibt. Ebenso einfach könnte man antworten: Sie gelingt am besten dort, wo Kommunen vergleichsweise reich sind, wo es am meisten Arbeit gibt, in Deutschland also zum Beispiel, in Baden-Württemberg oder in Bayern, weil Arbeit neben Sprache die wichtigste Integrationsschiene ist. Aber die Folgerung, dort, wo es keine Arbeit gibt, gibt es schlechte oder keine Integration, wäre zu einfach, Integration ereignet sich nicht nur, sie ist immer auch eine kommunale Gestaltungsaufgabe.</p>
6:22	<p>Wichtig ist es, darüber nachzudenken wie man Integration fördern kann – auch wenn man als Kommune nicht besonders reich ist, auch wenn man nicht besonders stabile kommunale Strukturen hat, auch wenn man keinen großen Mangel an Arbeitskräften hat.</p>
7:00 – 8:32	<p>Integration gelingt am leichtesten dort, wo man am meisten Erfahrung damit hat. Das heißt: In den klassischen Einwandererländern. Aber auch in Ländern, in denen man sehr frühzeitig diese Prozesse bewusst gestaltend gefördert hat. Integration gelingt in der Bundesrepublik am besten dort, wo die Kommunen wohlhabend sind, wo die Sozialtats stimmen und wo Arbeitskräfte fehlen. Denn Arbeit ist neben Sprache die wichtigste Schiene bei der Integration. Integration gelingt oft am schlechtesten dort, wo man am wenigsten Erfahrung damit hat, nämlich dort, wo es ganz wenige Zuwanderer gibt. Es gibt ja die bekannte Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer, ein ganz altes Problem. Dort, wo es sehr viele Zuwanderer gibt, laufen manche Dinge sehr viel einfacher, weil man gelernt hat, damit umzugehen, das ist zum Beispiel in den neuen Bundesländern weniger der Fall. Wir haben aber quer durchs Land eine Art kulturelles Paradox: Auf der einen Seite gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, für die kulturelle Vielfalt eine ganz normale Alltagserfahrung ist. Auf der anderen Seite gibt es eine schrumpfende, aber umso lauter protestierende Zahl von Menschen, die dies für den kulturellen Untergang Europas halten. Also: Kulturoptimisten oder doch Kulturpragmatiker einerseits, Kulturpessimisten oder Kulturhysteriker andererseits – und dazwischen läuft der Kampf um die Mitte.</p>
	<p>Gibt es ein konkretes Beispiel, das Sie für besonders gelungen halten?</p>
8:43 -	<p>Es gibt konkrete Beispiele in Baden-Württemberg und in Bayern, wo die Sozialtats stimmen und die kommunalen Strukturen stabil sind – oder stabil</p>

Timecode	Zitat
(leider ab ca. 9.40 mit massivem Störgeräusch)	<p>waren, muss man heute sagen – unter dem gewaltigen Andrang von Flüchtlingen ist jetzt natürlich manches anders. Insgesamt wird man genauer hinschauen müssen. Es gibt kaum <i>die</i> Kommune, in der <i>die</i> Integration insgesamt ausnahmslos gut läuft, und es gibt auch das Gegenteil kaum. Es gibt vielmehr Kommunen, in denen Integration in bestimmten Bereichen, zum Beispiel im Bildungsbereich oder beim Wohnungsbau – besonders gut läuft. Ich nenne im Bildungsbereich nur ein einziges Beispiel: Die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Das war mal eine Katastrophenschule. Die Lehrer haben sich mit einem bundesweit aufsehenerregenden Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt. Dann hat man Geld, Ideen und Personal investiert, und bald ist das eine gute Schule geworden, um die sich Eltern für ihre Kinder bewerben.</p>
	<p>Sie kritisieren gern das Wort „Willkommenskultur“. Warum?</p>
10:07 – 11:40	<p>Willkommenskultur wäre schön. Aber soweit sind wir eben noch nicht, von Ausnahmen abgesehen. Wir haben bislang hochehrliche Willkommensgrüße und ein gewaltiges ehrenamtliches Engagement, das selbst die Politik vor sich hertreibt. Willkommenskultur ist aber mehr als das freundliche Begrüßen von immer neuen Zuwanderern an der Haustür. Wenn man <i>Willkommenskultur</i> haben will, dann muss man sich in gleicher Weise auch um die Menschen kümmern, die zum Teil schon seit Generationen im Haus selbst wohnen. Und da gibt es doch sehr unterschiedliche Behandlungsweisen. Ich denke also: Wir sind unter dem Stichwort „Willkommenskultur“ in der breiten Öffentlichkeit sehr viel weiter als in der Politik. Denn wenn wir das gewaltige ehrenamtliche Engagement bei diesem Massenandrang von Flüchtlingen nicht hätten, dann würden wir auch den Weg, den wir bislang gemeinsam zurückgelegt haben, nicht geschafft haben. Das heißt: Die engagierte Öffentlichkeit, die Bürgergesellschaft, war hier der Politik voraus und wollte dreierlei. Erstens: Ein Zeichen setzen gegenüber geistigen Brandstiftern, praktischen Mordbrennern und allgemein gegenüber sogenannten „Asylkritikern“ – die dann Verfassungsfeinde sind, wenn sie das Asylrecht grundsätzlich in Frage stellen. Denn das Asylrecht ist als Grundrecht ein zentrales Element unserer Verfassung. Zweitens wollten sie den Flüchtlingen helfen. Und drittens wollten sie die anfangs mal wieder nur konzeptlos und ratlos herumstreitende Politik auf der Bundesebene mobilisieren, damit sie sich in dieser Hinsicht in Bewegung setzte. Das ist sehr erfolgreich gewesen und hat von unten nach oben, also von den Kommunen aus, gewirkt. Hier, würde ich sagen, sind die Willkommensgrüße oft in der Tat im Übergang zu einer Willkommenskultur. Ob das bei den wachsenden und von manchen Politikern opportunistisch geschürten Zweifeln durchhalten kann, werden wir sehen müssen.</p> <p>Insgesamt gilt: Wir müssen teilen lernen. Spenden heißt noch nicht teilen und Willkommensgrüße sind noch keine Willkommenskultur.</p>
	<p>Glauben Sie, dass Kommunen sich die aktuelle Welle zivilgesellschaftlicher Wärme zu Nutze machen können? Und wenn ja, haben Sie eine Idee, wie?</p>

Timecode	Zitat
12:02 – 13.23	<p>Es hat bislang eine wunderbare Kooperation zwischen engagierter Öffentlichkeit, Kommunen und auch staatlichen Stellen gegeben. Ich erinnere mich an den Busfahrer, der Flüchtlinge über den Lautsprecher begrüßte. Ich erinnere mich an den Polizisten, der dem Sinne nach gefragt wurde: „Herr Wachtmeister, was soll ich denn machen, wenn ich jetzt auf der Straße Flüchtlinge auflese?“ Daraufhin sagte der Polizist: „Fahren Sie vorsichtig!“ Das sind großartige menschliche Reaktionen, gerade unter dieser Drucksituation. Man kann die Freundlichkeit, die Offenheit der Bürger erhalten - wenn es nicht zu einer veritablen Opferkonkurrenz zwischen armen Einheimischen und ausländischen Flüchtlingen kommt. Oder zwischen Menschen, die auf bestimmte kommunale Angebote angewiesen sind. Deswegen müssen sie nicht arm sein. Also wenn zum Beispiel ein Förderungsprogramm für Behinderte nicht mehr funktioniert, weil in dem dafür genutzten Raum Flüchtlinge untergebracht werden müssen, wenn aus dem gleichen Grund das Schwimmbad geschlossen werden muss, dann kann es auf die Dauer wirklich schwierig werden.</p>
	<p>Glauben Sie, dass die Transferinitiative des Bundes für die Kommunen eine Hilfe sein kann, um diese Herausforderung zu bewältigen?</p>
14:11 – 14.35	<p>Ich halte die nachgebesserte Transferinitiative für ein ausgesprochen glückliches, wichtiges und notwendiges Element im Integrationszusammenhang. Weil sie Mittel verfügbar macht, die unabdingbar sind, weil sie neue Ideen transportiert, weil sie die Kommunikation zwischen den Kommunen fördert, und weil sie auch die Kommunikation zwischen Kommunen, Bund und Ländern intensiviert.</p>
	<p>Sie sprechen von Integration als „zutiefst demokratische Aufgabe“ und sagen, dass es ein „neues Wir“ braucht, dass diese Integration fördern muss. Wer ist dieses „neue Wir“?</p>
15:05 – 16:00	<p>Wenn ich von dem „neuen Wir“ spreche in der Einwanderungsgesellschaft, dann meine ich, dass wir uns nicht scheuen sollten, den alten, in Deutschland etwas belasteten Begriff „Heimat“ wieder ernst zu nehmen. Nicht im Sinne des kitschigen, muffigen, alten Heimatbegriffes, sondern mit dem ideellen Entwurf einer neuen Heimat: Ihre Grundwerte stützen sich auf die Verfassung. Und unter ihrem großen Dach können sich viele kleine kulturelle Heimaten durchaus auch mit Stolz entfalten, die sich aber gemeinsam zu dem überwölbenden Dach einer Heimat in Deutschland und in Europa bekennen.</p>

Zitate aus dem Vortrag im Plenum

<p>Wichtig ist, sich klarzumachen: Wenn es in den Kommunen klappt, ist es gut. Wenn es nicht klappt, dann ist es vorbei. Denn nur in den Kommunen entscheidet sich das. Integration findet nicht auf Länderebene oder auf Bundesebene statt, sondern nur in den Kommunen.</p>
<p>Diese gewaltige Integrationsleistung der Kommunen wird meist nicht zureichend gesehen. Wenn man fragt, wo in Deutschland Integration geleistet wird, dann werden gerne genannt: Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, die Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt und dergleichen mehr.</p>
<p>Vieles von dem, was ganz konkret vor Ort läuft – Bildung, Wohnung, Arbeitsvermittlung, Sozialdienste und so weiter – läuft nicht immer unter dem Stichwort „Integration“, sondern unter „kommunale Arbeit“.</p>
<p>Es gibt integrationswidrige Rahmenbedingungen auf der Bundesebene, und manchmal auch auf der Länderebene. Dagegen muss die pragmatische Integrationsarbeit der Kommunen anarbeiten.</p>
<p>Der Begriff „Asylkritik“ sollte, um es mal sarkastisch zu sagen, unter Konventionalstrafe gestellt werden, denn pauschale Asylkritik ist eine Form von Verfassungsfeindschaft. Das Recht auf Asyl ist ein tragendes Teil unseres Grundgesetzes. Das zu vermitteln ist auch eine Herausforderung für die Kommunen.</p>
<p>In einem Land, in dem innerhalb kürzester Zeit dreistellige Milliardenbeträge bereitgestellt werden konnten, um schräg im Wasser liegende Banken zu abzusichern, die aus eigener Schuld in diese Schieflage geraten waren, muss es doch möglich sein, in die Kommunen mehr Mittel zu investieren. Mit dem, was bislang geboten wird, kann man gerade mal das Ruhrgebiet für ein Jahr über Wasser halten. Das muss schon ein zweistelliger Betrag sein, und zwar jährlich, wenn es mit der Flüchtlingszuwanderung so weitergeht.</p>
<p>Die Elite wandert nicht in die städtischen Problemzonen, da wandern diejenigen hin, die soziale Probleme haben und die dann dort oft auch solche Probleme verstärken. Deshalb kann man eben nicht einfach auf die Bundesstatistik verweisen. Man muss genau hinsehen, wie es in der Kommunalstatistik jeweils aussieht, erst dann kommt man zu einer vernünftigen Gesamtbild.</p>
<p>Es gibt keine „Flüchtlingskrise“! Es gibt eine Weltkrise, die Flüchtlinge ausstößt, die dann an unsere Türen klopfen. Mit der Bekämpfung einer „Flüchtlingskrise“ ist es nicht getan. Wir müssen weltökonomische, weltökologische und weltgesellschaftliche Systemfragen stellen. Das kann man auch aus der letzten Enzyklika des mutigen Papstes lernen, der ja aus der nichtmarxistischen südamerikanischen Befreiungstheologie kommt.</p>
<p>Man sollte aus Erfahrung wissen, dass die sozialen Kosten verspäteter Integrationsförderung auf kommunaler Ebene unendlich viel höher sind als die finanziellen Kosten rechtzeitiger sozialer Hilfestellungen. Die müssen investiert werden, denn sonst sind es hinterher wieder die Kommunen, die den Preis bezahlen –weil vor Ort die sozialen Folgekosten explodieren.</p>
<p>Migration ist immer eine positive Auslese. Es gehen nicht die Schwachen, die Debilen, die Ängstlichen, die Risikoscheuen. Es gehen die Starken, die Mutigen, die Risikobereiten, diejenigen, die mit den Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten, nicht zufrieden sind. Es kommt darauf, ihnen die Chance zu geben, ihr Humankapital als Gewinn für unsere Gesellschaft zu investieren.</p>